

Franz Segbers

Lasst uns für den Frieden eintreten, Schande über die Friedensverweigerer

7. Marburger Friedensforum / Lutherischer Kirchplatz

Marburg 3. September 2023

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

heute und an diesem Ort gilt als erstes unsere Solidarität dem ukrainischen Pazifisten Jurij Scheljaschenko. Sein Vergehen: Er beharrt auf sein »uneingeschränktes Recht, nicht zu töten«. Er hat ein Ende des Kriegs und die Selbstverteidigung »mit gewaltfreien und unbewaffneten Methoden« gefordert. Der Vorwurf der Justiz: »Rechtfertigung der russischen Aggression« und »Behinderung der Tätigkeit der Streitkräfte der Ukraine«.

Liebe Freundinnen und Freunde.

Die pazifistischen Gruppen in der Ukraine brauchen unsere Unterstützung. Wir müssen deutlich sagen: Pazifismus ist keine staatsfeindlich Aktivität. Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. Jurij und den andern tapferen pazifistischen Widerstandskämpfer gilt unsere Solidarität. Wir fordern die ukrainische Regierung auf, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu respektieren. Wir fordern unsere Regierung und Europa auf, allen belarussischen, russischen und ukrainischen Kriegsdienstverweigerern politisches Asyl und Schutz zu garantieren.

I.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Ich war vier Wochen in einem Kriegsgebiet, wo der kommende große Krieg vorbereitet wird. Ich spreche von einem Land, in dem die USA eine Kriegsfrontfront gegen China aufbaut: den Philippinen.

Ich möchte dazu Papst Franziskus zitieren: »In etwas mehr als hundert Jahren hat es drei Weltkriege gegeben: 14-18, 39-45 und diesen in der Ukraine, der ein Weltkrieg ist. Er begann schrittweise, und heute kann niemand mehr sagen, dass er nicht weltweit ist. Denn die Großmächte sind alle darin verwickelt. Und das Schlachtfeld ist die Ukraine.« - Wir befinden uns bereits »scheibchenweise« in einem Dritten Weltkrieg.

Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 geraten viele Länder des Globalen Südens in eine wirtschaftlich katastrophale Lage. Hunger und Armut nehmen zu. Die Armen in Globalen Süden zahlen für die brutalen Kollateralschäden eines Krieges zwischen imperialen Mächten in Europa. Krieg in der Ukraine heißt auch: Die Länder des Globalen Südens wehren sich, in Geiselhaft für einen Konflikt genommen zu werden, der viel tausende Kilometer von ihnen entfernt tobt.

Das bekam Bundeskanzler Olaf Scholz zu spüren, als Brasiliens Präsident Lula ihm die kalte Schulter zeigte. Er weigerte sich Kriegsmaterial und Munition zu liefern. Es sei wohl zur Mode unter den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates geworden – so Lula -, in andere Länder einzufallen: Die USA in den Irak, England und Frankreich in Libyen und Putin in die Ukraine.

Der russische Angriff auf die Ukraine ist keineswegs der erste große und beispiellose Bruch des Völkerrechts. Wie viele illegale Kriege, wie viele schwerste Menschenrechtsverbrechen, Bombardierungen ziviler Infrastruktur, Drohnenmorde oder außergerichtliche Hinrichtungen in den Ländern des Südens haben die USA, England oder Frankreich zu verantworten?

Von den 193 Mitgliedsstaaten der UNO haben nur knapp 40 Staaten Sanktionen gegen Russland verhängt und knapp 30 Staaten militärische Unterstützung für die Ukraine zugesagt. Von einer weltweiten Isolierung Russlands kann also keine Rede sein. Das zeigt: Dieser Krieg bedeutet für den für den Süden etwas anderes als für den globalen Norden. Die Länder des Globalen Südens haben ihre Gründe, sich nicht an den Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu beteiligen. Sie kennen die dramatischen und tödlichen Folgen der Sanktionspolitik des Westens. Während die Länder des Globalen Nordens sich übertrumpfen, wer tödlichere Waffen an die Ukraine ausliefert, fordern die Länder des Globalen Südens einen Waffenstillstand und eine schnelle Beendigung des Krieges. Denn: Milliarden werden in Kriegen verpulvert und weltweit leiden so viele Menschen an Hunger wie noch nie. Diese Milliarden sind an Raub an den Armen und Hungernden dieser Welt.

Wenn wir die großen Aufgaben betrachten, die uns als Menschheit und Staatengemeinschaft gestellt sind, ist ein Krieg das Letzte, was wir brauchen. Wir müssen unsere Kräfte konzentrieren, um die großen, lebensbedrohlichen Krisen zu bewältigen: Die Klimakrise und die Spaltung zwischen Arm und Reich. Die Invasion Russlands in die Ukraine hat zu einem erheblichen Anstieg der Nahrungsmittelpreise auf den Weltmärkten geführt. Ich habe gesehen, wie

der Hunger auf den Philippinen zunimmt, weil der Reispreis explodiert. Es ist der absolute Skandal unserer Zeit, dass auf unserem reichen Planeten immer noch Menschen hungern müssen. Man könnte zwölf Milliarden Menschen ernähren, also rund vier Milliarden mehr, als aktuell auf der Erde leben. Die UNO berichtet von weit über 700 Mio. Menschen, die an Hunger leiden. Jeder dritte Mensch auf der Erde weiß nicht, ob es morgen genug zum Essen gibt. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind unter zehn Jahren am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Das ist ein tägliches Massaker, an vielen Tausenden von Menschen auf einem Planeten, der vor Reichtum überquillt.

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat im letzten Jahr immerhin 91 Millionen Menschen vor dem Hungertod gerettet. Doch aktuell fehlen dem Welternährungsprogramm 22 Milliarden Dollar. Die jetzige Bundesregierung will hier aber drastisch kürzen: Beim Haushaltstitel für humanitäre Hilfe sollen die Mittel um mehr als ein Drittel gekürzt werden. Über Nacht kommen 100 Mrd. für die Aufrüstung zusammen. Um den Hunger abzuschießen, bräuchte lediglich 30 Mrd. Dollar. Doch dafür kommt nicht nur das Geld nicht zusammen. Es wird sogar gestrichen. Unsere Bundesregierung, die hier kürzt und einspart, ist verantwortlich für den Hungertot!

Dieser Krieg tötet – und nicht nur in der Ukraine.

II.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde

Nach der Zeitenwende zur Aufrüstung legte Bundesfinanzminister Christian Linder nach:

»Dieser Haushalt wird eine echte Zeitenwende markieren.« Alle müssen sparen. Wirklich alle? Abermals bewahrheitet sich die alte Weisheit: Wenn es nicht mehr für alle reicht, müssen die Armen einspringen. Wie immer bezahlen die Armen in diesem Lande und weltweit für die Kriege, wenn die Milliarden in Waffen und Aufrüstung fließen. Dann werden dafür soziale Leistungen und soziale Rechte abgebaut.

Alle Staatsausgaben werden im Bundeshaushalt gekürzt, ausgenommen die Verteidigung, ohne mit der Wimper zu zucken werden Milliarden obendrauf gepackt werden und die Rüstungsaktien machen Kurssprünge.

Wer zahlt die Rechnung?

Für die Kindergrundsicherung für arme Kinder werden nur 2,4 der erforderlichen 12 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Mit 2,4 Milliarden Euro lässt sich keine armutsfeste Kindergrundsicherung schaffen. Die lächerlichen 2,4 Milliarden, die die Bundesregierung für die Kindergrundsicherung im nächsten Jahr bereitstellen will, reichen nicht einmal, um die Folgen der Inflation für arme Familien wettzumachen. Die grundsätzlichen Fehler bei der Ermittlung des Existenzminimums werden nicht behoben. Damit wird ein an sich fortschrittliches Vorhaben bis zur Unkenntlichkeit gerupft. Dabei ist die steigende Kinderarmut schon seit Jahren untragbar. In Deutschland leben drei Millionen Kinder und Jugendliche und damit mehr als jeder fünfte junge Mensch in Armut. Noch im Frühjahr heißt es, dass 12,5 Milliarden für die Kindergrundsicherung „eher eine Untergrenze“ seien. Doch statt die drei Millionen Kinder aus Armut herauszuholen, gibt die Ampel das Geld lieber für Aufrüstung und Waffenhilfe an die Ukraine aus. Die Kindergrundsicherung zusammenzustreichen, und gleichzeitig den Unternehmen Steuergeschenke zu machen, ist schlicht zynisch. Die Bundesregierung opfert die Zukunft der Kindern der Armen dem Krieg.

Aber wehe, wer es wagen sollte, bei Superverdienern mit mehr als 12.500 Euro im Monat das Elterngeld in der Höhe von 1.800 Euro zu kürzen! Da staunt der Lastwagenfahrer, der gerade einmal 2.100 Euro verdient. Da wundert sich die vielbeschworene arbeitende Mitte unserer Gesellschaft – die Krankenschwester mit ihren 2.500 Euro und der Paketbote mit 2.100 Euro Einkommen im Monat. Was denken diese Menschen über solche Debatten, ob man Superreichen das Elterngeld um 1.800 Euro kürzen dürfe? Das ist übrigens genau der Betrag, mit dem eine vierköpfige Familie im Monat mit Bürgergeld auskommen muss.

Die Bundesregierung will den Zuschuss zur Pflege und zur Rente drastisch kürzen. Weniger bekannt sind die geplanten Kürzungen bei sozialen Beratungsdiensten:

- Bei der Migrationsberatung für Erwachsene 30 Prozent
- Bei der Förderung der Psychosozialen Zentren 70 Prozent
- Bei der Asylverfahrensberatung 50 Prozent.

Die Kürzungen widersprechen nicht nur dem Koalitionsvertrag. Sie zerstören auch erfolgreiche Beratungsstrukturen, die in der Rechtlosigkeit der Betroffenen bitter notwendig sind. Und die nehmen den Hilfesuchenden das Recht, zu ihrem Recht zu kommen.

Die Vermögenssteuer kommt erst gar nicht auf Tagesordnung. Würde Vermögen genauso stark besteuert wie in Frankreich, Großbritannien oder die USA, so hätte Lindner 120 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen, und zwar jedes Jahr. Genug für die Kindergrundsicherung und dann bleibt auch noch was übrig!

Wir sollten klar und deutlich fordern: Die armen Kinder und Familien brauchen eine Kindergrundsicherung, die Kinder und Familien vor Armut schützt. Der Reichtum dieses Landes muss sich wieder nützlich machen. Die Sparpolitik auf dem Rücken der Armen ist ein Skandal! Deshalb brauchen wir eine Vermögenssteuer und eine Erbschaftssteuer .

Doch es gibt eine Kürzung – liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde -, die kaum eine Meldung in den Medien wert war: Die Regierung will die Entwicklungshilfe um ein Viertel kürzen. Rund 110 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht. Und die Regierung setzte auch hier den Rotstift an: bei der Bekämpfung von Fluchtursachen will man 55 Millionen Euro einsparen.

Zeitenwende heißt Sozialabbau! Angesichts der Not weltweit und der Armut im Lande ist diese Prioritätensetzung der Bundesregierung zynisch. Bluten müssen die Armen, die mit kleiner Rente und die mit kleinen Einkommen.

Wir sollten klar und deutlich fordern: Keine Kürzungen bei der Entwicklungshilfe, keine Kürzungen im Sozialsystem, bei der Pflege, der Rente und den sozialen Rechten. Deshalb muss die Friedensbewegung zu einer Gerechtigkeitsbewegung werden.

III.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Wir leben in sonderbaren Zeiten: Kriegstreiberei gilt moralisch und die Forderung nach Frieden als unmoralisch. Wer die Eskalation der Gewalt fordert, immer mehr und immer schärfere und dann auch noch rechtlich geächtete Waffen liefert, gilt als klug und mutig.

Wer Worte wie Waffenstillstand, Friedensverhandlungen oder gar Pazifismus verwendet, gilt als Putinverstehender. Wer vor der Eskalation warnt und Friedensverhandlungen fordert, gilt als töricht und aus der Zeit gefallen.

Wenige Tage nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die UNO-Generalversammlung am 2. März 2022 einer Resolution zugestimmt, die eine „friedliche Beilegung des Konflikts, Verhandlungen und friedliche Mittel“ fordert. Die Legitimität der bewaffneten Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta entbindet die Ukraine nicht von der Verpflichtung zu Verhandlungen. Das gilt für die Bundesrepublik, die weiterhin Verhandlungen mit Russland ablehnt.

Papst Franziskus hat Recht. Er warf den Staaten Europas vor, sich nicht genug für eine friedliche Beilegung dieses Krieges einzusetzen und fragte: „Wohin steuerst du, wenn du der Welt keinen Friedenskurs vorschlägst“ und keine „kreativen Wege, um den Krieg in der Ukraine und die vielen Konflikte zu beenden, die die Welt mit Blut beflecken?“ Wo sind denn neben all den Militärstrategen die kundigen Diplomatiestrategen? Von Europa und der Bundesregierung gehen keine diplomatische Bemühungen aus, obwohl die Gefahr eines verheerenden Atomkrieges niemals näher war als heute.

Wir sind mitten in einer Eskalationsspirale: Zuerst ging es um 5000 Helme, dann um Haubitzen, dann um Panzer, dann um Marschflugkörper, Streumunition, um F-16-Kampfflugzeuge. Unverhohlen fordert die ukrainische Regierung sogar die Lieferung und den Einsatz international geächteter Streumunition und Phosphorbomben. Diese Spirale setzt einzig und allein darauf, die besseren Mörder zu sein und mörderischere Technologien zu haben. Mit jeder neuen Eskalationsstufe wird eine Wendung des Krieges versprochen. Doch wir sehen: Immer mehr und immer neuere Waffen und immer schärfere Sanktionen funktionieren nicht, es wird alles nur schlimmer, zerstörerischer und tödlicher. Diese Eskalation vollzieht sich mit der Drohung Russlands im Hintergrund, Atomwaffen einzusetzen.

Noch nie seit ihrer Gründung war die Bundesrepublik Deutschland so rüstungs- und kriegsbereit wie seit der ausgerufenen Zeitenwende. Wir sollten klar und deutlich fordern: Statt NATO-Gipfel, die einer Kriegs- und Aufrüstungslogik folgen und das Sterben verlängern, brauchen wir einen Friedensgipfel, der entschlossen auf Verhandlungen über einen Waffenstillstand drängt. Diese Eskalation muss gestoppt werden.

Wer dieses Spiel nicht mehr mitmachen will, der muss neu und anders über Pazifismus reden. Lumpenpazifismus – höhnt der Publizist Sascha Lobo und nennt Gandhi eine Knalltüte. Der grüne Wirtschaftsminister Harbeck, der einer Partei angehört, die ihre Wurzeln in der Friedensbewegung hat, schwadroniert, dass Pazifismus ist ein ferner Traum. Die mit der Frie-

denstaube herumlaufen, nannte Bundeskanzler Olaf Scholz kürzlich »gefallene Engel, die aus der Hölle kommen, weil sie letztendlich einem Kriegstreiber das Wort reden.« Niemand aus der Friedensbewegung redet einem Kriegstreiber das Wort. Es ist eine zynische Verdrehung: Aus Friedenstauben werden gefallene Engel aus der Hölle, und aus Kriegstreibern Friedensengel. Das singen die Engel auf den Fluren Betlehems nicht mehr: »Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.« Jetzt soll es wohl heißen: »Ehre sei Gott in der Höhe. Friede durch Krieg auf Erden.«

Pazifismus ist für Bundeskanzler Scholz sowie so aus der Zeit gefallen. Ja, wir sind aus der Zeit gefallen. Wir widersetzen uns der geforderten Zeitenwende und fordern eine Wende der Zeitenwende.

Die Aufforderung Ghandis ist realistischer als alle eskalierenden Waffenlieferungen: »Gewaltfreiheit – so sagte er – meint nicht etwa willige Unterwerfung unter den Willen des Tyrannen. Sie beutet, dass wir unsere ganze Kraft dem Unterdrücker entgegensetzen. Und weiter: Gewaltlosigkeit war nie als Waffe der Schachen, sondern der tapferen Herzen gedacht. .. der Gebrauch von Nichtgewalt verlangt größere Tapferkeit als der von Gewalt.« Nicht anders sagte es Jesus in der Bergpredigt: »Leistet dem Bösen nicht mit gleichen Mitteln Widerstand« (Mt 5,39)

Nein, wir lassen uns nicht diffamieren. Gewaltlosigkeit bedeutet nicht Unterwerfung, nicht Putintreue. Nein, Pazifismus bedeutet: Überwinde Gewalt ohne Gewalt und ohne Unterwürfigkeit. Sei widerständig. Trau der Gewaltfreiheit zu, einen Ausstieg auf der Spirale der Gewalteskalation und des immer effektiveren Tötens zu weisen.

Pazifismus ist nicht bloß eine ehrenwerte individuelle Haltung. Er ist ein politische, einen widerständiger Pazifismus. Der Pazifismus ist eine zivilisatorische Vernunft. Pazifismus dringt auf eine friedenslogische Politik. Er verankert die Gewaltfreiheit in einer Logik des Friedens, die in ein Konzept kollektiver Sicherheit für Europa eingelassen werden muss. Es gibt keine europäische Sicherheit ohne Russland und ohne die Ukraine. Man muss den andern nicht als Freund betrachten, aber man muss seine legitimen Sicherheitsinteressen respektieren. Wir müssen raus aus der Kriegslogik und Sicherheit neu aus einer Friedenslogik heraus denken.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Putin will doch nicht verhandeln – hört man. Verhandlungsbereitschaft, so Heribert Prantl, kann auch herbeiverhandelt werden. Und das ist viel aussichtsreicher als der Plan, Frieden herbeizubomben. Waffenstillstand heißt nicht Kapitulation, sondern schafft die Möglichkeit zu sondieren, wie verhandelt werden kann.

Wir fordern:

- diplomatische Initiativen durch die Vereinten Nationen, die EU, die Bundesregierung, die OSZE und andere.
- einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.
- den vollständigen Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine.
- alles zu tun, um einen Atomkrieg zu verhindern, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag durchzusetzen und jede nukleare Teilhabe zu beenden. Deshalb fordern wir: Die Bundesregierung muss endlich den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen!

Es gibt keinen Weg zum Frieden – so kein geringerer als Mahatma Ghandi. »Der Friede selber ist der Weg. Und wer mit ihm nicht anfängt, kann nicht bei ihm enden.«

Deshalb möchte ich am Ende an die drei auf Mussolinis Gefangeneninsel Ventone einsitzenden italienischen Kommunisten erinnern. Sie haben mitten im Krieg im Manifest von Ventone einen Plan für Demokratie und Sozialstaat für die Zeit nach dem Krieg entworfen.

Ich erinnere an den katholische Priester Franz Stock, der während der deutschen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg Seelsorger für die Gefängnisse von Paris und der Hinrichtungsstätte auf dem [Mont Valérien](#) war. Er gründete mitten im Krieg ein Versöhnungswerk zwischen Franzosen und Deutsche und initiierte die katholische Friedensbewegung Pax Christi.

Ich erinnere an die Konzepte »Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion«, die wir ab 1986 in den evangelischen Kirchen entwickelt haben. Im deutschen Namen töteten und mordeten Deutsche mehr als 20 Millionen Menschen während des 2. Weltkrieges in der Sowjetunion. Systematisch wurden tausende Städte und Dörfer, Industriebetriebe, Krankenhäuser, Schulen, Bibliotheken zerstört. Die Deutschen haben in der Sowjetunion und eben auch in der Ukraine einen Vernichtungskrieg geführt.

Im Rahmen dieses Programms der Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion wurde mit Geldern der ev. Kirche im Rheinland eine Behindertenwerkstatt in der Nähe von St. Peters-

burg aufgebaut. Sie produziert auch mitten im Krieg solche Engel der Versöhnung. (<https://www.initiative-pskow.de/startseite-722.html>) Jetzt ist die Zeit, mitten im Krieg die Friedenszeit nach dem Krieg vorzubereiten. Denn wir können die Geographie nicht ändern. Russland ist unser Nachbar und wird es bleiben.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Ich möchte schließen mit einer Anregung: Es ist Zeit für uns zu erkennen, dass wir in den letzten Jahrzehnten es versäumt haben, gewaltfreie Methoden zivilen und sozialen Widerstandes nicht nur zu fordern, sondern sie auch gesamtgesellschaftlich zu verankern. Marburg hat gemeinsam mit hunderten anderen Städten ein Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen gesetzt. Es ist an der Zeit, dass sie eine Stadt wird, die sich den Städten anschließt, für die gilt: „Wehrhaft ohne Waffen.“ (<https://wehrhaftohneaffen.de/>) Dieses Bündnis für Soziale Verteidigung verbindet zwei Anliegen: Wir kapitulieren nicht vor Unrecht. Wir wollen aber auch nicht mit Gewalt, sondern gegen Gewalt kämpfen. Mit Papst Franziskus fordere ich: Machen wir aktive Gewaltlosigkeit zu unserer Lebensweise.

Wer den Frieden will, muss Frieden schaffen und ihn vorbereiten. Wir haben keine andere vernünftige Alternative.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.